



Nicht nur der Bund, auch die Länder und die allermeisten Kommunen sind verschuldet – Freiburg derzeit mit rund 350 Millionen Euro. Die Stadt muss sparen, trotz der Finanzspritze aus Stuttgart. Und der Gemeinderat ist dabei in der Pflicht.

Hickhack um Millionen

Nach gescheitertem Wohnungsverkauf kommen plötzlich 30 Millionen Euro vom Land von Lars Bargmann

„Das bisschen Haushalt ist doch kein Problem“, trällerte einst Johanna von Koczian. Im Freiburger Rathaus indes war in Sachen Haushalt das ganze Jahr über der große Katzenjammer die bestimmende Melodie, das alles beherrschende Thema, vielleicht so sehr wie noch nie in der jüngeren Geschichte der Stadt.

Mehr als 500 Millionen Euro wollte Oberbürgermeister Dieter Salomon mit dem Verkauf von knapp 8000 städtischen Wohnungen einnehmen, um den maroden Haushalt der Stadt zu sanieren, die mit rund 350 Millionen Euro in der Kreide steht – und die ihr eigene Stadtbau GmbH noch einmal mit rund 140 Millionen. Mit einem sensationellen Bürgerentscheid machten die Bür-

ger dem Stadtoberhaupt am 12. November einen Strich durch die Rechnung – die erste echte politische Niederlage für Salomon nach vier Amtsjahren. Hernach war auf der einen Seite (Grüne, CDU, Freie Wähler) gro-

Es drohte der kulturelle und soziale Kahlschlag

bes Wehklagen zu hören, auf der anderen (SPD, Unabhängige Listen, FDP) lautstarker Jubel. Der städtische Haushalt aber war nicht annähernd genehmigungsfähig, es drohte der kulturelle und soziale Kahlschlag. Gut zwei Wochen vergingen und tiefe Gräben wa-

ren zwischen den streitenden Fraktionen im Rathaus gegraben worden. Und dann kamen plötzlich 30 Millionen Euro aus Steuermehreinnahmen aus Stuttgart. Selbst mit denen aber, sagt Finanzbürgermeister Otto Neideck, bliebe immer noch eine Deckungslücke von 26 Millionen Euro jährlich. „Wir sind von einem genehmigungsfähigen Haushalt noch weit entfernt“, stellten Salomon und Neideck fest.

Aus dem Finanzausgleich zwischen Bund, Land und Gemeinden kommen noch in diesem Jahr acht Millionen Euro mehr als erwartet in die Stadtkasse und jeweils elf Millionen in den Jahren 2007 und 2008. Da der laufende Haushalt vermutlich sogar mit einem Plus

Foto: © ddp

von zwölf Millionen Euro abschließen wird (womit Defizite aus Vorjahren ausgeglichen werden), sollen die acht Millionen in den kommenden Doppelhaushalt überführt werden.

Für das Rathaus kam die Finanzspritze kurz vor Jahresende „völlig überraschend“. Ein Anruf beim baden-württembergischen Finanzministerium am 28. November habe ergeben, dass die Schlüsselzuweisungen entgegen aller Prognosen eine steile Kurve nach oben genommen haben – im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von rund 40 Prozent. „Eine solche Steigerung hat es in der jüngeren Geschichte der Stadt noch nie gegeben“, meinte Neideck, „ich trage die politische Verantwortung dafür, dass der Gemeinderat noch vor wenigen Tagen auf der Basis falscher Zahlen diskutiert hat.“ Die Verwaltung sei zwar mit überholten Daten an die Öffentlichkeit gegangen, aber „wenn wir es selbst nicht früher erfahren, können wir solche Überraschungen nicht ausschließen.“ In weniger als einer Woche waren die Eckdaten der Stadtfinanzen völlig durcheinandergeraten und die bisherigen Berichte hatten keine Gültigkeit mehr. „Hochnotpeinlich“, nannte das Salomon.

SPD-Sprecherin Renate Buchen forderte im Gemeinderat, dass solche Pannen nicht noch einmal passieren. FDP-Stadtrat Patrick Evers kritisierte, dass die Haushaltszahlen des Finanzbürgermeisters vor dem Bürgerentscheid nie hinterfragt worden seien, weil das „politisch nicht opportun“ gewesen war. Er forderte betriebswirtschaftliche Kontrollmechanismen, damit der Gemeinderat nicht immer zum Jahresende überrascht wird. Ein halbjährlicher Finanzbericht reiche dafür jedenfalls nicht aus.

Grüne, CDU, Freie Wähler und FDP halten trotz der höheren Steuereinnahmen einen harten Sanierungskurs für unausweichlich. „Wir müssen öffentlich diskutieren, wo der Staat

Harter Sanierungskurs unausweichlich

noch für die Daseinsvorsorge aufkommt und wo wir uns von Annehmlichkeiten verabschieden“, befand Martina Feierling-Rombach, die CDU-Fraktionschefin. Grünen-Stadtrat Gerhard Frey forderte, dass „Stadtbau GmbH“ ihre Gewinne erhöhen und die Freiburger Wirtschaft, Tourismus und Messe GmbH ihr Defizit verringern müsste. Frey hält eine Erhöhung der Grundsteuer für wahrscheinlich – das fordern die SPD und die Unabhängigen Listen schon lange.

Alle Fraktionen meinen nun, dass sie zusammen mit der Verwaltung über einen Bürgerhaushalt nachdenken müssen – Freiburgs Bürgerinnen und Bürger sollen mitreden dürfen, wenn es um den Etat geht. Salomon will dabei aber „keine falschen Erwartungen wecken“, ein „vernünftiges Maß an Mitbestimmung“ müsse aber möglich sein, die Entscheidungen aber müsse nun mal der Gemeinderat treffen.

Das Gremium ist bekanntlich an der Haushaltsmisere alles andere als unschuldig. Die Entscheidungen des Gemeinderates in den vergangenen 20 Jahren waren es, die für das struk- →

Der Dezernent nimmt seinen Hut

Am 1. Januar 2007 nimmt das neue „Referat für Stadtentwicklung“ im Dezernat von Oberbürgermeister Salomon die Arbeit auf. An der Spitze wird dann Norbert Schröder-Klings stehen. Das einst bundesweit beachtete Freiburger Baudezernat wird aufgelöst. Damit endet auch die Amtszeit von Baubürgermeister Matthias Schmelas. Und der geht weder mit lachendem noch mit weinendem Auge: „In der Gesamtbilanz bin ich zufrieden.“

Schmelas war im Januar 1999 als Baubürgermeister aus Worms gekommen – wo übrigens die Tochter des damaligen Freiburger CDU-Stadtrates Peter Wopperer dann Baubürgermeisterin wurde – und stand damit auf dem bisherigen Höhepunkt seiner Karriere. In Freiburg wartete auf den gebürtigen Thüringer die Aufgabe mit der breitesten Verantwortung. Und teilen wollte er sie nicht. „Die Organisation, die ich vorgefunden habe, entsprach nicht meiner Auffassung. Es kann nicht sein, dass zwischen Bürgermeister und den Ämtern ein großes Bauverwaltungsamt steht. Ich habe damals Informationen zu spät und nicht vollständig bekommen.“ Im Übrigen sei ein Gutachten der KPMG-Wirtschaftsprüfer – in Auftrag gegeben noch von seinem Vorgänger Sven von Ungern-Sternberg – auch zu dem Schluss gekommen, dass das Bauverwaltungsamt aufzulösen



Seine Zeit ist abgelaufen, aber gute Laune hat Matthias Schmelas trotzdem.

sei: „Das hat man damals aber eingemottet.“ Der zunächst verwaltungsinterne Streit mit bewährten Kräften aus der Verwaltung wie Rolf Wiehle oder Klaus Boch behinderte zunehmend die Arbeit in für viele Außenstehende wichtigsten Dezernat.

2003 bewarb sich Schmelas als Oberbürgermeister in Worms – scheiterte da aber mit 39 Prozent gegen den SPD-Mann Michael Kissel. Ein Jahr später wurde das Freiburger Baudezernat nach dem Debakel an einer Sonderschule für geistig behinderte Kinder in Günterstal, bei dem ein Gutachten zur dringenden Sanierung der Decken, die „jederzeit und ohne Vorwarnung herabstürzen“ könnten, monatelang in den Schubladen der Verwaltung geschlummert hatte, und nach wiederholter Kritik von OB Salomon an der „Art der Amtsführung“ beschnitten: Das Ordnungsamt, mit dessen Chef Walter Rubsamen Schmelas auch im Clinch lag, „weil der keine Aufgabenkritik im eigenen Amt machen wollte“ (Schmelas), kam zu Neideck, das Bauverwaltungsamt wurde aufgelöst, die Projektgruppe Bahnflächen und die PRISE wanderten zu Salomon.

Die Verantwortung für Günterstal will Schmelas nicht tragen: „Ich wusste von diesem Gutachten nichts, das wusste das Zen →

Baubürgermeister Matthias Schmelas geht – bleibt aber in Freiburg

turelle Defizit mitverantwortlich sind. Dessen ungeachtet muss die Stadt weiter kräftig sparen, um das schon traditionelle strukturelle Defizit zu verringern, sagt auch Regierungspräsident Sven von Ungern-Sternberg und der ist immerhin der Mann, der das bisschen Haushalt in Freiburg genehmigen muss.

Schon in den Wochen vor der Finanzspritze hatte die Bürgermeisterriege millionenschwere Entscheidungen getroffen: Stopp der Kapitalerhöhung bei der Stadtbau von drei Millionen Euro, eine höhere Stadtbau-Gewinnabführung von insgesamt elf Millionen Euro und insgesamt vier Millionen Euro mehr aus

Umstrittene Abschaffung des Baudezernats

dem Rieselfeld-Konto von Baubürgermeister Matthias Schmelas hatten das ursprüngliche Loch von 70 Millionen Euro in den kommenden beiden Jahren auf 56 Millionen verkleinert.

Dank der zusätzlichen 30 Millionen Euro vom Land bleibt nun noch eine Deckungslücke von 26 Millionen Euro. Auch die umstrittene Abschaffung des Baudezernats (siehe Artikel auf Seite 9) wird den Haushalt entlasten, insgesamt sollen die Personalkosten in den kommenden Jahren um jeweils zwei Millionen Euro sinken. Dafür hat das Rathaus auch einen Einstellungsstopp verfügt. Zudem will die Stadtspitze bis 2010 die Zuschüsse für Sport, Kultur und Soziales (siehe Interview mit



Soooo eine große Kasse hätte Finanzdezernent Otto Neideck gerne, hat er aber nicht.

Kulturbürgermeister Ulrich von Kirchbach, Seite 52) um insgesamt zehn Prozent kürzen — es muss schon mehr Spaß gemacht haben, Bürgermeister in einer deutschen Kommune zu sein.

Am 23. Januar wird der Entwurf des Doppelhaushalts in den Gemeinderat eingebracht. Voraussichtlich am 15. Mai muss er entscheiden. Auf den Fraktionen lastet dabei eine große Verantwortung, die sie nur dann im Sinne der Stadt und ihrer Bürger tragen können, wenn parteipolitisches Kalkül bei dieser Entscheidung keine Rolle spielt.

trale Gebäudemanagement (ZGM) und der Bauunterhalt. Ich habe aber die Organisationsverantwortung dafür, nur war ich genau gegen diese Dreiteilung von Hochbauamt, Bauunterhalt beim Schul- und Sportamt und dem ZGM. Ich habe immer gesagt, dass das nicht funktioniert.“ Am Ende war diese Dreiteilung ein Kompromiss zwischen Schmelas' zentralistischer und Stuchliks dezentraler Sicht der Dinge – und eine Folge davon sei Günterstal gewesen. „Ich fühle mich in einzelnen Punkten ungerecht behandelt“, sagt Schmelas.

Im April 2005 entschied der Gemeinderat, aus Spargründen die Zahl der Dezernate von fünf auf vier zu verringern. Da Umweltbürgermeisterin Gerda Stuchlik gerade ein paar Wochen zuvor im Amt bestätigt worden war, war endgültig klar, dass Schmelas' Zeit im Freiburger Rathaus zu Ende gehen würde. Sein letzter offizieller Amtstag ist der 12. Januar 2007.

Als Gründe seines Scheiterns führt der Doktor der Sozialwissenschaften an, dass er mit der südbadischen Mentalität nicht immer klar gekommen sei, dass er „verwaltungsinterne Spielchen“ mit vielen Kompromissen „sicher nicht in ausreichendem Maße mitgemacht“ hat – aus Überzeugung. An der ganzen Kritik habe ihm „immer wieder das konkrete Beispiel gefehlt“, vieles sei „nebulös“ geblieben. Und es gibt durchaus Geschäftsleute und Bauherren in der Stadt, die ihn als zuverlässigen, kreativen Bürgermeister mit schnellen Entscheidungen kennen.

Zu den Meilensteinen seiner Politik zählt er die Abwicklungen der neuen Stadtteile Vauban und Rieselfeld, die er „unter schwierigen Bedingungen“ bekommen habe, die Umsetzung des Parkleitsystems, die Entwicklung des Alten Messplatzes und einer Bordellkonzeption für Freiburg, die Weiterentwicklung des Zentren- und Märktekonzepts, die beiden Stadtbahnprojekte ins Vauban und nach Haslach, die Entwicklung der Bahnhofsachse Süd sowie die Ausarbeitung der Rahmenvereinbarungen mit der Deutschen Bahn wegen der Entwicklung der brachliegenden Bahnflächen in Freiburg. Nicht geschafft hingegen habe er die Entwicklung des Güterbahnhofs, wo er Wohnen und Arbeiten zusammen ermöglichen wollte, was „politisch gescheitert“ wäre, ein Verkehrsleitsystem, was finanziell gescheitert sei und das Projekt eines neuen Rathauses für die Gesamtverwaltung auf dem Gelände am Technischen Rathaus. Die dezentrale Verwaltungsstruktur sei ineffektiv, „hier fährt ja dauernd einer durch die Gegend. Das ist ein Problem, die Dezernate müssen enger zusammen, da bleibt viel auf der Strecke.“

Er gehe jetzt „nicht mit lachenden oder weinenden Augen“, sondern ist in der Gesamtbilanz „ohne Groll“. Es habe auch treue Weggefährten gegeben, Erfolge, und unterm Strich sei er in Anbetracht der Probleme „zufrieden“.

Was er nun machen werde, wollte Schmelas nicht verraten. Finanziell jedenfalls hat er keine großen Probleme: Der 50-Jährige bekommt eine üppige Pension. Aber in Freiburg bleibe er, die Kinder sollen die Schule zu Ende machen und solange seine Mutter in Tübingen das Leben noch alleine im Griff habe, wolle er mit seiner Frau hier bleiben: „Uns gefällt's hier.“

Lars Bargmann